

Beirat der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt.

Am 15. d. M. fand im niederösterreichischen Landtags-Saale die vierte Tagung des Beirates der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt statt. Der Präsident Sektionschef a. D. Doktor Ritter v. Schönka stellte zunächst die neuen in die Verwaltungskommission berufenen Herren, Kommerzialrat Johann Breunig und Magistratsoberkommissär Doktor Kockkopf der Versammlung vor. Sodann widmete der Vorsitzende dem dahingeshiedenen Obermagistratsrate Doktor Konstantin Maher einen warm empfundenen Nachruf. Der Präsident erstattete weiterhin einen Bericht, in dem er sich zunächst der Frage der Getreideimporte vom Auslande zuwendete. Der mächtige für die Bewältigung der so umfangreichen Transportmassen aufgestellte Apparat funktionierte, wie Redner persönlich an Ort und Stelle feststellen konnte, in befriedigender Weise. Das schwierige Problem dieser Organisation könne heute schon als glücklich gelöst bezeichnet werden, wobei Redner mit besonderem Danke der erfolgreichen Mitwirkung der Heeresverwaltung gedachte.

Die Versammlung trat sodann in die Beratung der Tagesordnung ein. Als erster Punkt lag ein von den Mitgliedern Abg. Muchitsch und Abg. Dr. Renner eingebrachter Antrag vor, der sich auf die Frage der Sicherstellung des Anbaues sowie auf eine möglichst Herabdrückung der Unkosten der Anstalt bezieht.

An der mehrstündigen Debatte hierüber beteiligten sich Präsident Zuleger, Handelskammersekretär Dr. Lauische, Abg. Dr. Renner, Ing. Rafusch, Vizepräsident Dr. Bischofsky, Generalanwalt Dr. Freiherr v. Stöckl, Abg. Doktor Laginja, kaiserlicher Rat Soyka, Landesauschuss Abgeordneter Stöckler, Regierungsrat Dr. Hotowetz, Professor Nowak, Abg. Muchitsch und Bürgermeister Edl. Nach einem Schlussworte des Antragstellers Dr. Renner wurde ein im Laufe der Debatte von Regierungsrat Dr. Hotowetz gestellter Antrag mit folgendem Wortlaut angenommen:

„Um die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1916 sicherzustellen und tunlichst zu vermehren, wird die Regierung aufgefordert, der Landwirtschaft das zum Frühjahrsanbau erforderliche Saatgut sowie die zur Feldarbeit notwendigen Arbeitskräfte und Bezüge zu sichern, den erforderlichen Stickstoff und Kunstdünger überhaupt sowie Maschinen und Motoren zu mäßigen Preisen zur Verfügung zu stellen und den Wiederaufbau der durch den Krieg heimgesuchten Gebiete zu beschleunigen.“

Nachmittags trat der Ausschuss für die Gebarung der Anstalt zusammen und nahm zunächst einen Bericht über die Organisierung der Balkanimporte entgegen. Daran schloß sich eine Debatte, in der auch verschiedene Wünsche aus Interessentenkreisen zur Sprache gebracht wurden, wobei Sektionschef Ritter v. Simonelli, Präsident Dr. von Schönka und Vizepräsident Reif Aufklärungen erteilten.

Schließlich nahm der Ausschuss einstimmig Resolutionsanträge der Mitglieder Dr. v. Seidl und Doktor Renner an: „Die Regierung wird aufgefordert, keine Ausnahme vom ausschließlichen Rechte der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt zu gewähren, Zerealien vom Balkan hereinzubringen und keinerlei Ausnahme von der restlosen Einbeziehung aller Balkaneinfuhren in den allgemeinen Vorratsstand zuzugestehen, weiter nachgewiesene alte Käufe durch Private unter Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen nach Billigkeit zu liquidieren.“

Ebenso wurde ein Antrag, den von der Anstalt erstatteten Bericht betreffend die Getreidebezüge vom Auslande zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, einstimmig angenommen.

Sodann wurde ein von dem Referenten der Anstalt Dr. Rizzi erstatteter Bericht über den weiteren Versorgungsplan und ein Vortrag des Vorstandes der Buchhaltung Professors Schnabel über die Bilanzergebnisse der Anstalt pro 31. Jänner 1916 vom Ausschusse zur Kenntnis genommen.

Nach Wiederaufnahme der Plenarsitzung referierte der Berichterstatter des Ausschusses Regierungsrat Dr. Hotowetz über den Stand der Versorgung und über die im letzten Monate von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt getroffenen Maßnahmen, wobei er die Ueberzeugung aussprach, daß der Bedarf bis zur neuen Ernte gedeckt sei. Weiter sei der Ausschuss einhellig zu der Meinung gelangt, daß irgend welche Ausnahmen von dem der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt eingeräumten ausschließlichen Rechte der Einfuhr ebensowenig zugelassen werden können wie Ausnahmen von dem Grundsatz, auch das vom Balkan eingeführte Getreide dem allgemeinen Vorratsstand einzuverleiben. Was die sogenannte „alte Ware“ betrifft, so trete der Ausschuss für eine billige Berücksichtigung der privaten Interessen ein, jedoch unter Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen.

Die vom Ausschusse beschlossene Resolution wurde sodann auch von der Plenarversammlung einstimmig angenommen.

Schließlich gelangte ein Resolutionsantrag der Mitglieder Dr. Lauische-Soyka zur Beratung, wonach die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich die Bewirtschaftung der für Nahrungszwecke erforderlichen Kartoffelerzeugnisse, wie Kartoffelwalzmehl, -flocken, -stärke- und -schnitte der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt zu überweisen. Diese äußerst wichtigen Mehlsurrogate sollen dem allgemeinen Konsum als Streckungsmittel der Edelmehle in genügenden Mengen und zu angemessenen Preisen zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zwecke wären alle Vorräte an den genannten Kartoffelerzeugnissen in industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Betrieben festzustellen, zeitweilig unter Sperre zu legen und für die Artikel Höchstpreise festzusetzen. Hierbei wäre auf die Waren aus Ungarn und aus dem Ausland entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Nach einer Debatte, an der sich die Antragsteller und Vizebürgermeister Bösmayer beteiligten, wurde diese Resolution zum Beschluß erhoben.